

Mittwoch, 14. Mai 2014

Wirtschaft

24

DIE ZAHL

66

Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten in Europa äussern sich besorgt über potenzielle Gesundheitsrisiken durch chemische Stoffe, die von Verpackungen in Lebensmittel gelangen könnten. Das zeigt eine Umfrage der Marktforschungsagentur Insites Consulting bei 8000 Menschen in elf Ländern, darunter die Schweiz. Hierzulande werden Verpackungen offensichtlich als sicherer respektive weniger gefährlich eingestuft: Die Sorge, dass chemische Stoffe von der Verpackung in den Inhalt gelangen, teilen 51 Prozent der befragten Schweizerinnen und Schweizer. Als sicherste Verpackung für Nahrungsmittel und Getränke identifizieren die Befragten Glas. Dieses Material halten 61 Prozent der Konsumenten in Europa für am gesundheitlich unbedenklichsten für Verpackungen; 2010 waren es erst 48 Prozent. Mehr Bedenken äussern die Menschen gegenüber Verpackungen aus Kunststoff oder Metall. (red.)

Swisspartners foutiert sich um Datenschutz

BERN. Die Vermögensverwalterin Swisspartners hat es versäumt, über die Lieferung der Daten von 110 mutmasslichen Steuerflüchtigen an die USA den Eidgenossen Datenschutzbeauftragten Hanspeter Thür zu informieren. Dieser will den Fall nun prüfen und nötigenfalls gerichtlich durchsetzen, dass sich das Unternehmen künftig ans Gesetz hält. Wenn Swisspartners Kundendaten an die USA liefert, müsse sein Büro über die Garantien informiert werden, dass die Daten angemessen geschützt werden, sagt Thür. Die Regeln seien dieselben wie bei der Lieferung von Mitarbeiterdaten durch Schweizer Banken. «Das heisst, Kunden müssen vor der Weitergabe informiert werden, sie müssen Gelegenheit haben, sich gegen die Weitergabe zu wehren.»

Zwar verstösst Swisspartners nicht gegen das Bankgeheimnis, weil sie als Vermögensverwalterin nicht dem Bankengesetz unterstellt ist. Doch muss sie sich ans Datenschutzgesetz halten. Dieses verbietet grundsätzlich die Übermittlung von Personendaten in Staaten ohne angemessenen Datenschutz – gemäss Gesetz fallen die USA in diese Kategorie. Neben der Lieferung der Kundendaten hatte Swissfirst, eine Tochter der Liechtensteinischen Landesbank, in eine Strafe von 4,4 Mio. \$ eingewilligt, um einer Anklage zu entgehen. (sda)

Lardi folgt auf Messmer

Der Luganeser Bauunternehmer Gian-Luca Lardi soll Nachfolger des Thurgauer alt Nationalrats Werner Messmer als Präsident des Baumeisterverbandes werden. Gewählt wird an der GV am 27. Juni in Kreuzlingen. (red.)

«Bei der Busse herrscht Willkür»

Der Steuerstreit der USA mit der Credit Suisse befindet sich wohl auf der Zielgeraden. Wirtschaftsprofessor **Peter V. Kunz** sagt, worauf sich die Bank einstellen muss und warum er einem Rücktritt der CS-Spitze nichts abgewinnen könnte.

THOMAS GRIESSER KYM

Herr Kunz, die USA haben ihre Gangart im Steuerstreit verschärft. Wie schätzen Sie die Lage der Credit Suisse (CS) ein?

Kunz: Im Moment kann niemand die Lage genau einschätzen. Es gibt sehr viele Spekulationen, und solche haben sich früher häufig als falsch erwiesen. Ich gehe aber davon aus, dass in naher Zukunft bekannt wird, was Sache ist.

Inwieweit gehen Sie davon aus, dass die US-Justiz ein Schuldeingeständnis von der CS will?

Kunz: Es ist plausibel, dass die USA ein Geständnis wollen. Vor ein, zwei Jahren war das noch nicht so wichtig. Das Hearing der CS-Spitze vom 26. Februar aber hat die US-Justiz innenpolitisch derart unter Druck gesetzt, dass sie einen Erfolg braucht, der weiter geht als ein Vergleich mit einer hohen Geldbusse.

Wie könnte ein Schuldspruch aussehen und was wären die Folgen?

Kunz: Ich gehe davon aus, dass sich die US-Justiz mit der US-Bankenaufsicht bespricht, um die Frage zu klären: Wie kann man die CS bestrafen, ohne dass diese ihre US-Lizenz verliert und untergeht? Das hätte nämlich Tausende Arbeitslose in den USA zur Folge und unabsehbare Risiken für den Finanzplatz. Daran kann niemand ein Interesse haben. Es wäre wünschbar, dass eine CS-Tochter ein Schuldeingeständnis abgibt und bestraft wird, ohne dass dies die Muttergesellschaft samt allen Töchtern in Existenznot bringt.

Geht es den USA primär um eine möglichst hohe Geldbusse?

Kunz: Eine möglichst hohe Busse steht absolut im Vordergrund, einerseits aus fiskalischen Gründen, andererseits zur Abschreckung. Das ist auch der Grund, warum Druck aufgebaut wird. Bei den Banken der Kategorie 1, zu welcher die CS gehört, aber auch die ZKB oder Julius Bär, gibt es keine mathematische Formel zur Berechnung der Busse. Hier herrscht ein grosser Ermessensspielraum – oder Willkür.



Sind gefordert in der Aufarbeitung der Beihilfe zur Steuerflucht: CS-Verwaltungsratspräsident Urs Rohner (links), Konzernchef Brady Dougan.

Wagen Sie eine Schätzung der möglichen Höhe der Busse für die CS?

Kunz: Ich wäre überrascht, wenn es weniger wäre als eine Milliarde Dollar.

Also mehr als die 780 Millionen, welche die UBS 2009 im Rahmen eines Vergleichs bezahlt hat.

Kunz: Ja. Zwar dürfte die UBS mehr unversteuerte Gelder von US-Kunden betreut haben als die CS. Aber mehrere Faktoren haben die Busse der UBS gemildert: Sie hat 4450 Daten von US-Kunden geliefert, war als erste Bank in den Mühlen der US-Justiz, wurde von Anfang an als sehr kooperativ wahrgenommen, und sie war damals in schlechter wirtschaftlicher Verfassung.

Die USA beklagen, die CS habe erst 200 Kundendaten geliefert.

Kunz: Die USA sind schon auch an Kundendaten interessiert, aber die meisten Informationen haben sie schon. Dies wegen der

diversen US-Steuerprogramme, Selbstanzeigen usw. Die Forderung nach mehr Daten von der CS wird von den USA wohl in erster Linie als Druckmittel gebraucht – auch im Wissen, dass die Bank und der Bund nicht darauf eingehen können.

Auch nicht mit Notrecht wie damals im Fall UBS?

Kunz: Nein. Zwar weiblern diverse Banken der Kategorie 1 und auch Politiker für Notrecht. Das wäre aber juristisch illegal und staatspolitisch dumm.

Bereits werden Stimmen laut, die den Rücktritt von CS-Chef Brady Dougan, Präsident Urs Rohner und Chefjurist Romeo Cerutti fordern.

Kunz: Das ist ein geschäftspolitischer Entscheid der CS. Juristisch gibt es keine Grundlage für einen Rücktritt des Trios. Selbst ein Schuldeingeständnis der CS würde die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung der

Bank durch diese Topmanager nicht in Frage stellen; es handelt sich um eine Rechtsfrage.

Sähe es anders aus, wenn einem dieser Manager persönlich eine Schuld nachgewiesen würde?

Kunz: Gewiss. Ich denke aber, dass Dougan, der aus dem Investmentbanking kommt, tatsächlich nur am Rande betroffen ist. Die Beihilfe zur Steuerflucht ist ein Problem des Private Banking und der Compliance, also der Einhaltung von Rechtsvorschriften. Wenn überhaupt, stehen Chefjurist Cerutti und als sein Vorgänger Rohner im Vordergrund. Sie tragen die oberste juristische Verantwortung.

Würde ein Körperrollen die Position der CS im Steuerstreit denn ändern?

Kunz: Es wäre höchstens ein falsches Signal, wenn man jene absägt, die nicht die Hauptverantwortlichen sind, sondern die Probleme der Bank lösen sollen.

Inwieweit könnte ein Schuldspruch gegen die CS dazu führen, dass Kunden und Investoren abspringen?

Kunz: Niemand weiss genau, wie sie reagieren würden. Ich bin mir aber sicher: Die Tatsache, dass das Szenario Schuldeingeständnis seit ein paar Tagen durch die Medien geistert, dient dazu, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten. Das würde den Schock und potenzielle Folgen abfedern. Deshalb wäre es falsch, jetzt in Panik oder Hektik zu verfallen.



Peter V. Kunz
Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern

Schlecht für die Forschung

Vor dem britischen Unterhaus muss der US-Pharmakonzern Pfizer einräumen: Nach einer Übernahme des Rivalen Astra Zeneca stünde weniger Geld für die Entwicklung neuer Medikamente zur Verfügung.

SEBASTIAN BORGER

LONDON. Der Betrag für Forschung und Entwicklung werde «niedriger sein». Das sagte Pfizer-Chef Ian Read gestern bei der Anhörung im Unterhaus. Das Übernahmeangebot des Viagra-Herstellers über 94 Mrd. Fr. für Astra Zeneca (AZ) wird von dessen Führung als zu gering abgelehnt. Zudem würde die Übernahme zu tiefgreifenden Störungen der Arbeit seiner Firma führen, warnt AZ-Chef Pascal Soriot: «Das würde unsere Entwicklung neuer Präparate verzögern. Wir kommen auch allein zurecht.»

Die geplante grösste Übernahme eines britischen Unternehmens erregt die Insel. AZ beschäftigt 51 500 Mitarbeitende,

davon 7000 in Grossbritannien, ist für über 2% aller britischen Exporte und für Forschungsausgaben von jährlich 4,2 Mrd. Fr. verantwortlich. Deshalb hatte der Wirtschaftsausschuss des Unterhauses eine erste Befragung organisiert, der heute eine Anhörung durch den Wissenschaftsausschuss folgen soll.

Steuerliche Überlegungen

Viele Parlamentarier wünschen sich von der konservativ-liberalen Koalition unter Premier David Cameron schärferes Vorgehen gegen die Übernahme britischer Unternehmen. Dabei haben die Volksvertreter die öffentliche Meinung hinter sich: 64% der Briten halten den Kauf einheimischer Unternehmen durch

grössere Rivalen für schlecht, nur 8% sehen darin Vorteile.

Pfizer hat die geplante AZ-Übernahme ausdrücklich mit erheblichen Steuerersparnissen begründet. Das neue Unternehmen geleitet werden weiterhin aus New York geleitet, den Steuersitz aber in Grossbritannien nehmen, wo die Körperschaftssteuer nächstes Jahr auf 20% sinkt. Die daraus entstehende Einsparung bezifferte der Leiter des Wirtschaftsausschusses, Adrian Bailey, auf 2,1 Mrd. Franken. Pfizer hat zuletzt in den USA laut eigenen Angaben 27% Steuern bezahlt.

Ramponierter Ruf

Bei der Pfizer-Anhörung spielen immer wieder frühere Firmenkäufe eine Rolle. Seit 2005

hat der Konzern laut Gewerkschaften 65 000 Stellen abgebaut. Pfizer hat auf der Insel keinen guten Ruf, seit 2011 eine Forschungsabteilung in Sandwich geschlossen wurde. Read wiederholte Versprechen, die er Cameron schriftlich gegeben hat: Pfizer werde eine vor der Fertigstellung stehende AZ-Entwicklungsabteilung in Cambridge belassen. Mindestens fünf Jahre würden 20% der High-Tech-Jobs in Forschung und Entwicklung auf der Insel bleiben. Paul Nurse, Präsident der Wissenschaftsakademie Royal Society, nennt die Jobzusagen «vage und unzureichend». Und: «Fünf Jahre sind nicht genug. Der Zeitraum sollte minimal zehn Jahre umfassen.»

NZZ angezeigt

ZÜRICH. Nach Tamedia und Ringer haben die Gewerkschaft Syndicom und der Journalistenverband Impressum beim Arbeitsinspektorat auch die NZZ wegen Verstössen gegen die Arbeitszeiterfassung angezeigt. Syndicom und Impressum werfen der NZZ-Mediengruppe vor, das Arbeitsgesetz zu vernachlässigen und den gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitsschutz, weil Redaktoren regelmässige Aufgaben erhielten, die innerhalb der regulären Arbeitszeit nicht erledigt werden könnten. Da die Arbeitszeit nicht korrekt erfasst werde, werde eine geregelte Kompensation oft verunmöglicht. Die NZZ zeigt sich erstaunt und kontert, die Frage der Arbeitszeiterfassung sei bei der Mediengruppe «im Dialog mit den Arbeitnehmervertretern sinnvoll und zielführend geregelt». Mit dem Arbeitsinspektorat sei die NZZ seit einiger Zeit im Gespräch. (sda)